Unsere Stadt
Unsere Zukunft
Gemeinsam für Bonn

Wir machen uns stark für Bonn!

Bonn






Wahlprogramm 2025-2030
des Bürger Bund Bonn (BBB)

BBB
Bürger Bund Bonn

www.buergerbundbonn.de

Inhalt

Wer wir sind und was wir wollen 4
Bei uns zählt die Meinung der Bürgerinnen und Bürger 4
Wir sind unabhängig und nur für Bonn tätig 4
Finanzen 4
Wir wollen nicht länger für die Nachbargemeinden zahlen 5
Verkehr 6
Kfz-Verkehr 6
Ruhender Verkehr 6
Öffentlicher Nahverkehr 7
Fahrradverkehr 8
Fußgängerverkehr 8
E-Scooter 8
Umwelt 9
Wohnen und Bauen 9
Bezahlbarer Wohnraum und lebenswerte Stadtviertel 9
Nachverdichtung 10
Leerstand beseitigen 10
Großbauprojekte und Bauskandale 10
Mittelstand und Gewerbegebiete 11
Familienpolitik in Bonn 12
Schulen und vorschulische Bildung 13
Gute Bildung braucht gute Gebäude 13
Ausreichende Anzahl von Kitaplätzen 14
Schwimmbäder und Sport 14
Für uns haben der Erhalt und die Sanierung stadtteilnaher Sportstätten hohe Priorität 14
Unser Plan für den Sport in Bonn 15
Sicherheit und Sauberkeit 15
Bonn muss sicherer werden 15
Die Kriminalität in unserer Stadt ist besorgniserregend. 15
Mehr Sauberkeit auf Straßen und Plätzen 16
Digitalisierung und Reform der Stadtverwaltung 17
Digitalisierung der Stadtverwaltung 17

Digitale Souveränität durch europäische und deutsche IT-Lösungen stärken 17
Reform der Stadtverwaltung – sozialverträglicher Abbau von Personal 18
Digitale Infrastruktur und IT-Standort Bonn 18
Wiedereinführung der Arbeitsteilung zwischen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor 18
"Geschlechtergerechte“ Sprache in der Stadtverwaltung? Nein danke! 18
Kultur 19
Beethoven, Orchester und Oper 19
Das Stadtmuseum gehört ins Zentrum 19
Bonn braucht einen Ort für Open-Air-Veranstaltungen 19
Stadt des Grundgesetzes sowie Universitäts-, UN-Stadt und Standort von wichtigen DAX-Unternehmen 19
Arbeitsteilung Bonn/Berlin 20
Wir fordern: Das Berlin/Bonn-Gesetz ist auch von der Bundesregierung einzuhalten 20
Weltoffenheit und Zivilcourage 20
Gegen Extremismus, für Zivilcourage! 20

Wer wir sind und was wir wollen

Der Bürger Bund Bonn (***BBB***) ist ein Zusammenschluss engagierter Bonner Bürgerinnen und Bürger, der 1991 als Bürgerinitiative im Zusammenhang mit der Bonn-Berlin-Thematik entstand. Wir sind keine Partei, sondern eine unabhängige Wählergemeinschaft als eingetragener Verein.

Der Bürger Bund Bonn steht mit seinem Namen für parteipolitische Neutralität und Ideologiefreiheit. Wir sind unabhängig und nur den Bonner Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. In unserer Arbeit konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Angelegenheiten der Stadt Bonn und den Anliegen der Menschen, die hier leben. Seit 1994 agiert der Bürger Bund Bonn erfolgreich auf kommunaler Ebene und setzt sich für eine Politik ein, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger in Bonn orientiert und dem Wohl unserer Stadt dient.

Bei uns zählt die Meinung der Bürgerinnen und Bürger

Der Bürger Bund Bonn setzt auf bürgerschaftliche Beteiligung und Mitwirkung, um so mit echt gelebter und lebendiger Demokratie die Politik in unserer Stadt zu gestalten. Der Bürgerwille ist und bleibt oberste Richtschnur für unsere Arbeit im Stadtrat.

Wir sind unabhängig und nur für Bonn tätig

Wir können uns in unserer Arbeit ausschließlich auf die Angelegenheiten der Stadt Bonn und die Anliegen ihrer Bürger konzentrieren.

Wir sind als Freie Wählervereinigung, anders als Parteien, frei und unabhängig von Programmen oder Weisungen, die von der jeweiligen Bundes- und Landesebene der Parteien ergehen.
Wir sind frei, Bundes- wie Landesregierung immer dann zu kritisieren, wenn es im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerschaft notwendig ist.

Finanzen

Haushalt konsolidieren, die von rot/grün geplante Neuverschuldung auf über vier Milliarden Euro stoppen, Steuer und Abgabenlast senken!

Ende September 2020 belief sich die Schuldsumme der Stadt Bonn noch auf 1.913,5 Millionen Euro (30.09.2020, 5.810 Euro pro Einwohner). 4 Jahre und 9 Monate später betrug der Schuldenstand Bonns schon 2.588 Millionen Euro (30.06.2025, 8.007 Euro pro Einwohner). Oder anders ausgedrückt: Seit dem Gewinn der Kommunalwahl im September 2020 haben OB Katja Dörner (B90/Grüne) und die Ratskoalition aus Grünen, SPD, Linken und Volt bis Juni 2025 die Bonner Verschuldung um 674,5 Mio. Euro (37%) erhöht. Allein im Zeitraum zwischen dem 31. März 2025 und dem 30. Juni 2025 hat die Stadt 78 Millionen Euro wegen der anhaltenden Schuldenpolitik der amtierenden Ratsmehrheit Verlust gemacht. Und genauso wollen OB Dörner und die grün-rote Ratskoalition weitermachen: Nach dem von Grünen, SPD & Co. im März 2025 beschlossen

Haushaltplan soll die Gesamtverschuldung Bonns bis 2029 gar auf über 4,2 Milliarden Euro anschwellen.

Wir hingegen wollen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder leben und werden uns dafür einsetzen, dass der städtische Haushalt endlich konsolidiert wird. Der verantwortungslosen Unsitte von OB Dörner und der regierenden Ratsmehrheit, über Neuverschuldung mehr Geld auszugeben als Bonn einnimmt und dafür Schulden anzuhäufen, werden wir ein Ende bereiten. Die Steuer-, Gebühren- und Abgabenlast muss überdies auf ein verträgliches Maß verringert werden.

Unsere Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts und Reduktion von Steuern und Abgaben:

- Abbau der bestehenden personellen Überkapazitäten in der aufgeblähten Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften.
- Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen sowie den gesetzlichen Transfergeldern, die zwar dem Grunde, aber nicht der Höhe nach festgelegt sind. Die Stadt darf in Zukunft nicht mehr Mittel für Landes- oder Bundesaufgaben aufwenden, als von diesen erstattet werden.
- Gewerbegebiete und Gewerbeflächen sollen gezielt beworben und vermarktet werden. Durch die Ansiedlung neuer gewerblicher Betriebe sowie durch die Expansion von in Bonn bereits aktiven Betrieben sollen zusätzliche, für die Haushaltskonsolidierung dringend benötigte Finanzmittel generiert werden. Leerständen in den Innenstadtlagen ist entgegenzuwirken.
- Stärkere Akquirierung von Drittmitteln: Landes- und Bundesmittel werden oft unzureichend, EU-Mittel fast gar nicht abgerufen.
- Städtische Gebäude müssen durch regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen vor dem Verfall bewahrt und somit teure Sanierungen oder Neubauten vermieden werden.

Wir wollen nicht länger für die Nachbargemeinden zahlen

4.488 Schüler aus dem Rhein-Sieg-Kreis besuchten in 2023 Bonner Schulen. Das kostet die Stadt Bonn über 8,0 Mio. € pro Jahr. Zusätzlich tragen wir und nicht ihre Heimatgemeinden die Fahrtkosten zur Schule.

Auch die Hälfte der Besucher in Theater und Oper kommt aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Die Stadt Bonn plant alleine für das Theater Aufwendungen in Höhe von 42,2 Millionen € in 2025 ein. Diese Kosten können und wollen wir nicht länger alleine tragen. Darum fordern wir eine Beteiligung der Nachbargemeinden.

Verkehr

Wir wollen fließenden Verkehr in unserer Stadt und ihn nicht aus ideologischen Gründen blockieren

Kfz-Verkehr

Die Ausgangslage für den Autoverkehr in unserer Stadt hat sich in den letzten 5 Jahren massiv verschlechtert. Das Stauaufkommen ist in Bonn im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr erheblich höher geworden. Waren es in 2023 noch 40 Stunden, stand jeder Autofahrer in Bonn 2024 schon 46 Stunden im Stau. Von Platz 10 ist die Stadt Bonn damit auf Platz 8 der staureichsten Städte Deutschlands aufgerückt. Die durch Stau verursachten Kosten stiegen pro Bonner Fahrer auf 435 Euro. Dazu beigetragen hat der hohe Anteil von Autofahrern an der Anzahl von täglich 140.000 Personen, die zur Arbeit in die Bundesstadt pendelten und dort auf eine relativ schwache Straßen-Infrastruktur und eine im Kern autofeindliche Politik der grün-roten Mehrheit im Stadtrat trafen. Denn die Fahrt von den Außenbereichen zur Innenstadt wurde und wird von Oberbürgermeisterin Katja Dörner und ihrer grün-roten Ratsmehrheit Autofahrern systematisch erschwert und verlängert. Wir wollen ideologisch begründete Projekte wie z.B. die Reduzierung von Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen und die Sperrung des Cityrings rückgängig machen. Der dogmatischen Forderung von Grünen, SPD und Linken nach der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen das in den 1980er-Jahren eingeführte und das bis heute bewährte System von 30er-Zonen in Wohngebieten, die über ein leistungsfähiges, übergeordnetes Hauptverkehrsstraßennetz verbunden sind, beibehalten.

Überdies fordern wir:

- Um Umweltverschmutzung und Lärmbeeinträchtigungen zu vermeiden, setzen wir auf „Grüne Wellen“ im Bereich der innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen sowie auf den Bau von Bushaltebuchten an stark befahrenen zweispurigen Straßen
- Verkehrsbehinderungen, die durch überlange Schließzeiten der Schrankenanlagen an den Schienenwegen des Bundes täglich entstehen, sollen durch den Bau neuer Unter- bzw. Überführungen verringert werden
- eine direkte Verbindung zwischen dem Regierungsviertel und der rechtsrheinischen BAB 3
- den sechsstreifigen Ausbau der BAB 565 und der Nordbrücke
- den Bau einer neuen Rheinquerung bei Niederkassel.

Ruhender Verkehr

Die vom Stadtrat für die Nordstadt und Beuel-Mitte beschlossenen Parkraumkonzepte führen zu einem Wegfall von rd. 700 Stellflächen und zu einer Steigerung der Gebühren für Anwohnerparkausweise um das Zwölffache. Das gleiche droht für die Süd- und Weststadt, den Ortsteil Hochkreuz und für Bad Godesberg-Mitte durch in Planung befindliche Parkkonzepte. Dann wird auch für die dortigen Anwohner das Parken auf der Fahrbahn vor ihren Häusern richtig teuer. Wer dort parken will, benötigt entweder einen 360 Euro pro Jahr kostenden Bewohnerparkausweis, muss ein bis zu 16 Euro teures Tagesticket kaufen oder stündliche Parkgebühren von mindestens 3 Eurozahlen. Mit den Parkraumkonzepten und den an Wucher grenzenden Gebühren führen die Oberbürgermeisterin und die grün-rote Ratsmehrheit ihre Vergrämungspolitik gegen den Autoverkehr

unbeirrt fort. Wir hingegen wollen, dass es auch den nicht zur Gruppe der Besserverdienenden gehörenden Anwohnern weiter möglich bleibt, ein Auto halten zu können. Auch für viele Einzelhändler und Gewerbetreibende werden die neuen Parkraumkonzepte absehbar negative Folgen haben. Die Kunden werden sich noch stärker dem Online-Handel zuwenden oder zu den Nachbarkommunen abwandern.

Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) soll überall dort ausgebaut und gefördert werden, wo dies wirtschaftlich vertretbar und aus Umweltgründen sinnvoll ist. Eine Verkehrswende wird nur gelingen, wenn Menschen gerne auf den ÖPNV umsteigen. Das tun sie aber nicht, wenn der ÖPNV unpünktlich, schmutzig, überteuert und dazu auch noch unkomfortabel ist.

Daher fordern wir:

- Bus- und Bahnangebote sind so zu planen, dass sie in der Praxis auch einzuhalten sind.
- Schmutz, Vandalismus, Schwarzfahrerei und zunehmende Bedrohungslagen im ÖPNV müssen ein Ende haben. Geeignetes Aufsichtspersonal sind durch die Verkehrsbetriebe einzusetzen, ggf. Schaffner wiedereinzuführen.
- den Einsatz von mehr Regionalzügen auf den links- und rechtsrheinischen DB-Strecken durch Bonn und S-Bahnen bis Mehlem inklusive notwendiger Lärmschutzmaßnahmen
- die Beschaffung vollklimatisierter Wagen, wie sie in vielen Städten bundesweit längst Standard sind
- eine Ausweitung der Park & Ride-Angebote auf dem Gebiet der Gemeinden, aus denen die Pendler kommen

Seilbahn

Der Ratsbeschluss zum Bau einer Seilbahn von Ramersdorf über das Regierungsviertel bis auf den Venusberg gründet sich auf die „Standardisierte Bewertung“. Das Verfahren zur Beurteilung von Verkehrswegeinvestitionen im ÖPNV geht für die Bonner Seilbahn jedoch von unrealistisch hohen Fahrgastzahlen aus. Tatsächlich dürfte der Nutzen der Seilbahn begrenzt sein und sich auf die Stoßzeiten konzentrieren. Damit wird die Seilbahn unwirtschaftlich.
Überdies ist die Finanzierung des heute rd. 100 Mio. € (66,2 Mio. € im Preisstand 2019, Angabe jeweils netto) teuren Infrastrukturvorhaben nicht gesichert. Die städtische Annahme, 95% der Kosten würden gefördert, unterstellt eine längst nicht feststehende Zustimmung der EU und eine Landesförderung von 20 %.
Ferner verbraucht der ganzjährige Betrieb der Seilbahn 4.498.625 kWh und verursacht im Vergleich zum Auto- und Busverkehr zusätzliche CO2-Emissionen von 240 Tonnen pro Jahr. Zudem ist der Bedarf für einen Seilbahnhalt auf dem Loki-Schmid-Platz nicht ersichtlich. Die vorliegende Planung ist daher mit Blick auf Finanzierung, Umweltverträglichkeit und Störpotenzial für Betroffene als nicht unterstützungswürdig anzusehen.

Fahrradverkehr

Fahrradfahren ist gesund, umwelt-, klima-, und verkehrsfreundlich. Viele gute Gründe also, um die Nutzung des Rads zu fördern, ohne dabei auch die Belange anderer Verkehrsteilnehmer aus dem Blick zu verlieren. Eine mit Augenmaß angestrebte Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur, wie z.B. die Schaffung einer neuen Rheinquerung zwischen Bonn und Beuel oder eine in Teilen notwendige Neuaufteilung des Verkehrs - wie z.B. die längst überfällige Trennung zwischen Radfahrern und Fußgängern auf der Kennedybrücke - halten wir für sinnvoll. Die Schaffung von Dreifachangeboten für den Radverkehr auf bereits für ihn doppelt erschlossenen Strecken, wie z.B. zwischen dem Kanzlerplatz und der Innenstadt, lehnen wir ab. Die Innenstadt ist vom Kanzlerplatz über die Kaiserstraße und das Rheinufer bereits bestens erschlossen. Einer Zusatzstrecke über die Adenauerallee bedarf es nicht. Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, sollte auch der Ausbau von, die Stadtgrenzen übergreifenden Fahrradschnellwegen forciert werden. Es ist vielsagend für die politische Kultur in Bonn, dass die katholische Kirche einen runden Tisch anbieten musste, um überhaupt einen Dialog über die Bonner Verkehrspolitik zu ermöglichen. Die Interessen der Beteiligten müssen durch konstruktiven Austausch zwischen Wirtschaft, den Interessenvertretern der Verkehrsteilnehmer und der Verwaltung herausgearbeitet werden, bevor eine verkehrslenkende Planung auch nur im Entwurf vorgestellt wird.

Fußgängerverkehr

Der Anteil der zu Fuß gegangenen Wege an der Gesamtzahl aller in Bonn zurückgelegten Wege beträgt rd. 32 % und liegt damit an der Spitze aller Verkehrsarten. Dennoch werden die Belange von Fußgängern in der Stadt Bonn häufig nicht beachtet. Wir hingegen wollen die Attraktivität und Sicherheit des Zufußgehens unter Abwägung der jeweiligen Interessen verbessern.

Wir treten u.a. dafür ein, dass

- Gehwege möglichst barrierefrei ausgeführt, instandgehalten und von Hindernissen wie im Weg stehenden Leihrädern, E-Scootern oder illegal abgestellten Kraftfahrzeugen befreit werden,

- ausreichende Querungsmöglichkeiten an sinnvollen Stellen geschaffen werden,

- in den Fußgängerzonen Bonns zwischen 8.00 Uhr morgens und 22.00 Uhr abends generell kein Fahrradverkehr stattfinden darf,

- das Radfahren auf Fußwegen im Mischverkehr abgeschafft wird.

E-Scooter

Die Zahl der elektrischen Roller im Bonner Straßenverkehr ist seit deren Zulassung durch das Angebot gewerblicher Vermieter sprunghaft gestiegen. An vielen Stellen sind die Leihfahrzeuge unübersehbarer Bestandteil des Bonner Straßenbildes geworden. Häufig zum Ärger der Bevölkerung. Denn nicht selten werden nicht mehr genutzte Fahrzeuge Fußgänger behindernd auf Gehwegen abgestellt oder achtlos in Gräben und Grünanlagen geschmissen. Einige Nutzer der sogenannten E-Scooter kümmern sich nicht um Verkehrsregeln, gefährden oftmals sich sowie andere in hohem Maße und verursachen entsprechend viele Unfälle. Weil sie überdies nachweislich keinen Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz leisten, sollte Bonn dem Vorbild von Düsseldorf, Paris, Barcelona und Montreal folgen und Leihangebote für E-Scooter aus der Stadt verbannen.

Umwelt

Wir wollen unseren Lebensraum erhalten, Flora und Fauna schützen

Das Klima wird sich weiter erwärmen. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung ist die Sicherung von Frei- und Grünflächen für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel unverzichtbar. Insbesondere im dicht bebauten Talkessel des Rheins ist es für die Umwelt- und Wohnqualität von großer Bedeutung, möglichst viele Bäume und Freiflächen zu erhalten. Jeder Baum der gefällt wird, kann im Sommer keinen Schatten mehr spenden und kein CO2 binden. Jede versiegelte Grünfläche kann nicht mehr als Kaltluftbildungs- oder Regenversickerungsfläche und auch nicht der Tierwelt als Lebensraum dienen. Eine bauliche Verwertung von fruchtbaren Ackerböden, Wald- und Wiesenflächen sowie innerstädtischen Gärten sollte daher ebenso vermieden werden wie andere Entwicklungen, die die Biodiversität in unserer Stadt beeinträchtigen. Bestrebungen wie z.B. zur Bebauung des Messdorfer Feldes lehnen wir ab. Zur Bewahrung unserer Umwelt gehört für uns auch, die heimische Tier- und Pflanzenwelt vor dem Eindringen bzw. der Verbreitung invasiver Arten zu schützen.

Dort wo dies energetisch sinnvoll, landschaftlich und wirtschaftlich vertretbar ist, werden wir uns für den Einsatz erneuerbarer Energien, den Ausbau der Fernwärme, die Entwicklung von krisenresilienten Nahwärmenetzen und die Sanierung städtischer Liegenschaften einsetzen.

Bonn ist eine der lautesten Städte in Deutschland. Unsere Stadt ist nach einer Studie, die „Zeit Online“ in 2024 veröffentlicht hat, durch Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm hochbelastet und zählt bundesweit zu den lautesten Städten. Der Güterverkehr auf den Gleisen der Deutschen Bahn und die Einflugschneisen des Flughafens Köln-Bonn sorgen gerade nachts in verschiedenen Regionen der Stadt für eine erhebliche Lärmbelästigung und damit nachgewiesenermaßen für eine Gesundheitsgefährdung der Bürgerschaft. Vom krankmachenden nächtlichen Schienenlärm sind laut Eisenbahnbundesamt insgesamt 54.970 Bonnerinnen und Bonner betroffen. 22 % davon (12.170) unterliegen besonders starken gesundheitsschädlichen Auswirkungen. Wir wollen das im Gegensatz zur Oberbürgermeisterin, die sich seit ihrer Wahl in 2020 nicht um die Belange der Betroffenen gekümmert hat, ändern und verlangen, dass neben den Emissionen des Verkehrs nun endlich auch der Fluglärm sowie die von den Schienenwegen ausgehenden Lärm- und Erschütterungsbelastungen deutlich reduziert werden.

Wohnen und Bauen

Bezahlbarer Wohnraum und lebenswerte Stadtviertel

Bonn soll eine Stadt bleiben, in der man gerne wohnt. Wir wollen eine Stadtplanung, die die Lebensqualität der bereits hier lebenden Bonnerinnen und Bonner in den Mittelpunkt stellt. Intakte Nachbarschaften müssen erhalten bleiben und neue Bauprojekte dürfen nur in städtebaulich wie stadtklimatisch verträglichem Maße entstehen. Ausreichende Licht- und Luftverhältnisse sollten dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Die Bewohner von unseren Stadtquartieren müssen sich wohlfühlen können und Kinder großzügigen Freiraum zum Spielen haben.

Daher setzen wir uns für eine angemessen qualitative Bauentwicklung unserer Stadt ein. Eine ausufernde, das Antlitz der Stadt ändernde Bauexpansion, um ein Angebot für alle zu schaffen, die nach Bonn ziehen wollen, werden wir nicht unterstützen.

Nachverdichtung

Um dem Wohnraummangel entgegen zu treten, kann eine Nachverdichtung in bestehenden Stadtquartieren geprüft werden, sei es durch das Schließen von Baulücken, die Umnutzung von Bestandsbebauung, den Dachausbau oder das Aufstocken von Geschossen. Beim Ziel, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, müssen die Vorteile der Nachverdichtung mit den Interessen der Bewohner Bonns an einer lebenswerten Stadt mit ausreichend Grünflächen und Frischluftschneisen in Übereinstimmung gebracht werden.

Leerstand beseitigen

Wir treten wir dafür ein, dass die Stadtverwaltung endlich wirksam gegen den viel zu hohen Leerstand von Wohnraum vorgeht und die Vermietung von Wohnungen an Urlauber über eine Verschärfung der Bonner Zweckentfremdungssatzung noch stärker eingeschränkt wird.

Die grün-rote Doktrin, nach der in Bonn keine Einfamilienhäuser mehr in Bebauungsplänen zugelassen werden dürfen, wollen wir abschaffen. Für uns muss es auch in Zukunft möglich sein, dass sich insbesondere junge Familien in Bonn Wohneigentum schaffen können. Dazu sollen u.a. die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel für sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden.

Großbauprojekte und Bauskandale

Die Sanierung der Beethovenhalle: Ein echtes Fiasko für Bonn. Nachdem das World Conference Center Bonn (WCCB) die Bonnerinnen und Bonner über Jahre in Atem gehalten hatte und den Steuerzahler insgesamt 320 Mio. Euro kostete, hat Bonn nicht lange auf seinen nächsten Bauskandal warten müssen.
CDU, Grüne und FDP beschlossen in 2016, die Beethovenhalle von Grund auf zu sanieren und zusätzlich in erheblicher Weise baulich zu erweitern. Was die schwarz-grüne Koalition bei ihren Luxusplänen übersah war die Komplexität in der baulichen Umsetzung und der dafür nicht tragfähige Baugrund unter der Halle. Statt der im April 2015 genannten 56 Mio. Euro wird die Sanierung der Beethovenhalle bei Fertigstellung dieses Jahr 222 Mio. Euro gekostet haben.

Aus den Bauskandalen zum Kongresszentrum und der Beethovenhalle müssen Lehren und Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden, um Bonn vor weiteren Fehlentscheidungen dieser Art zu schützen. Städtische Großbauprojekte sollten grundsätzlich von Generalunternehmern durchgeführt werden.

Mittelstand und Gewerbegebiete

Bonn muss Strukturen für den Mittelstand stärken und die wenigen Gewerbegebiete schützen

Bonn hat als Stadt moderner Dienstleistungen, als Stadt der Wissenschaft und der Gesundheitsversorgung sowie als deutsche UN-Stadt eine gute Position im Standortwettbewerb, die es zu erhalten und zu stärken gilt.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde unter grün-rot auf 537% erhöht, ein Anstieg um 9,6%. Damit liegt der Satz in Bonn höher als in den anderen acht Nachbarkommunen. Nur Alfter liegt noch höher (550%). Der hohe Steuersatz schmälert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und damit langfristig die Steuerkraft. Die jüngste Entwicklung: Der Wegzug der DHL Express Holding von Bonn ins sächsische Schkeuditz mit entsprechenden Einnahmeeinbußen für Bonn.

Der Einzelhandel leidet in besonderem Maße unter der Onlinekonkurrenz. Immer mehr Geschäfte schließen. Auch alteingesessene Geschäfte machen dicht, weil es keine Nachfolger gibt. Immer weniger Unternehmer sind bereit, ein Geschäft zu übernehmen oder zu eröffnen. Wir werden die Einzelhändler in dieser schwierigen Zeit durch eine höhere Attraktivität der Einkaufsstraßen und eine gute Erreichbarkeit unterstützen.

Der Anteil des produzierenden Gewerbes am hiesigen Arbeitsmarkt ist seit Jahren im einstelligen Bereich und sinkt weiter. Nur noch 6,9 % der Arbeitsplätze existieren im verarbeitenden Gewerbe (Vgl. Wirtschaftsbericht 2024, Kapitel Beschäftigungsentwicklung). Wo es keine Ansiedlungsmöglichkeiten für herstellende Betriebe gibt, stehen auch keine entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung. Ergebnis: Die Arbeitslosenquote ist in Bonn (Männer: 7,1 %, Frauen 6,6 % in 2023) regelmäßig höher als im Rhein-Sieg-Kreis (Männer: 5,6 %, Frauen 5,2 % in 2023; Vgl. Wirtschaftsbericht 2024, Kapitel Arbeitsmarkt).
Ein erhaltener oder neu geschaffener Arbeitsplatz ist auch ein Gewinn für Bonn. Und auch für die Menschen persönlich, weil Arbeit Teilhabe bedeutet. Was wir brauchen ist ein umfassend durchdachtes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, dass zu einer klugen Arbeitsmarktpolitik führt.

Wir wollen die noch vorhandenen Industrie- und Gewerbegebiete vor Fremdnutzung schützen, um Arbeitsplätze in unserer Stadt zu erhalten. Die wenigen Gewerbegebiete dürfen weder für Wohnungsbau, Einkaufsmärkte noch für Bürobauten geopfert werden. Ein wichtiges Ziel der Wirtschaftsförderung müssen die Neuansiedlung und die Stärkung der vorhandenen mittelständischen Gewerbebetriebe sein.

Familienpolitik in Bonn

Die Stadtentwicklung muss die Bedürfnisse von Familien, Jugend und Senioren berücksichtigen

Dies beinhaltet neben Mobilitätsbedürfnissen, Beratungs- und Hilfestrukturen auch Möglichkeiten der sozialen Teilhabe bis hin zu vielfältigen Pflegeangeboten.

Der ***BBB*** schätzt dabei das Engagement und die Leistung der „Bonner Altenhilfe“, welche über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung findet. Die in 2024 im Sozialausschuss beschlossene Überprüfung dieses Versorgungs-, Pflege- und Teilhabeangebotes mit Blick auf die demographischen Veränderungen unterstützen wir.

Insbesondere für Seniorinnen und Senioren fordern wir den Ausbau des barrierefreien ÖPNV und ebenso ein gutes quantitatives ÖPNV-Angebot. Pflege- und Hilfedienstleister müssen die zu versorgenden Seniorinnen und Senioren mit ihren Dienstfahrzeugen uneingeschränkt erreichen können; Änderungen im gesamtstädtischen Verkehrsraum müssen dies berücksichtigen. Uns ist deshalb die vorherige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wichtig.

Die Förderung von Sozial- und Bildungsprojekten für Familien, Getrennterziehende und Alleinerziehende mit Kindern wollen wir unterstützen. Der ***BBB*** setzt sich außerdem für eine schlüssige Infrastruktur ein, die allen Generationen gerecht wird und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in besonderer Weise berücksichtigt. Der ***BBB*** unterstützt den Erhalt und die Förderung bewährter und erfolgreicher Beratungsstellen im sozialen Bereich, welche zu einer verbesserten Selbständigkeit führen. Dazu gehören auch Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, sofern das Ziel einer tatsächlichen Integration beherzigt wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen sich an diesem Ziel messen lassen und finden dann von unserer Seite Zustimmung, wenn sie finanzielle Unterstützung beantragen. Uns ist ein verträgliches Miteinander von Stadtgesellschaft und geflüchteten Menschen wichtig. Die bisherige Übererfüllung der landesseitig zugewiesenen Aufnahmequote von Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen auf Bonner Stadtgebiet muss auf die Mindestanforderung zurückgeführt werden. Wir treten für die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber ein, unterstützen die staatlichen Bemühungen zur Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen und lehnen aus diesem Grund das Angebot des Anonymen Krankenscheins ab.

Das Ehrenamt: Eine Frage der ehrenamtlichen Unterstützung! Die Bevölkerung wird immer älter. 2022 betrug der Anteil der 60-Jährigen und älteren Bonnerinnen und Bonner an der Gesamtbevölkerung 24%. Viele dieser Senioren stehen noch mitten im Leben, sind mobil und flexibel, besitzen einen reichen Schatz an Lebenserfahrung und möchten sich gerne engagieren und für die Gemeinschaft einsetzen. Unsere Gesellschaft kann von ihrem Potenzial nur profitieren.

Wir schätzen bezüglich der ehrenamtlichen Einsatzmöglichkeiten in Bonn die Arbeit der Bonner Freiwilligenagentur.

Schulen und vorschulische Bildung

Gute Bildung braucht gute Gebäude

Der Zustand vieler der 88 Schulen in städtischer Verantwortung ist inakzeptabel. Teilweise bestehen bauliche Mängel wie beispielsweise nichtisolierte Fenster und Dächer, die technische Ausstattung und die Möblierung sind unzeitgemäß oder es bestehen skandalöse hygienische Zustände auf den Toiletten. Statt aufwändige, langjährige und nicht finanzierbare Neu- und Umbauten von Schulen und Kindergärten zu planen werden wir anstehende Renovierungen und energetische Modernisierungen kurzfristig umsetzen.

Wir wollen auch in Zukunft ein reichhaltiges Angebot verschiedener Schulformen in unserer Stadt erhalten – kein Bedarf und Geld für eine sechste Gesamtschule

Wir lehnen den Kurs der politischen Ratsmehrheit der letzten Jahre ab, nämlich immer weiter neue Gesamtschulen einzurichten und dafür funktionierende Realschulen zu schließen.
Förderschulen müssen erhalten bleiben, soweit dies Eltern und Lehrer im Interesse der Kinder wünschen und für richtig halten.

Die Schulverwaltung hat bereits in der Vergangenheit zu Recht darauf hingewiesen, dass für eine sechste Gesamtschule der zwingend erforderliche Leistungsmix mangels Schülern mit Gymnasialempfehlung nicht sichergestellt werden kann. Dies hat das erneute Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2025/26 noch einmal deutlich gezeigt. Nicht ohne Grund wird in der Vorlage von Oberbürgermeisterin Dörner (Grüne) mit Ausnahme der Gymnasialempfehlungen verschwiegen, wie viele abgelehnte Schüler welche andere Schulformempfehlung besaßen.

Aus unserer Sicht dient das vorgezogene Anmeldeverfahren an Bonner Gesamtschulen mittlerweile im Wesentlichen dazu, ausreichend Schüler mit Gymnasialempfehlung für die bereits vorhandenen fünf Gesamtschulen zu gewinnen, um deren Existenz zu sichern. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass in den größeren benachbarten Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises in den letzten Jahren Gesamtschulen eingerichtet wurden und auswärtige Schüler mit Gymnasialempfehlung mittlerweile ausbleiben. Und was auch gerne vergessen wird, ist eine weitere Bonner Besonderheit. Neben den städtischen Gymnasien gibt es auch außergewöhnlich viele und beliebte private Gymnasien, die zu Unrecht eher stiefmütterlich behandelt werden. Diese ersparen der Stadt jährlich immerhin Kosten in Millionenhöhe. Außerdem wissen weder die Oberbürgermeisterin noch ihr Kämmerer (Grüne) oder die Koalitionspolitiker, woher sie 40-50 Millionen Euro für eine sechste Gesamtschule nehmen sollen. Es wird Zeit, dass die „Schulideologen“ von Grünen, SPD und Linken der Realität endlich ins Auge sehen und erkennen, dass es für eine sechste Gesamtschule in Bonn weder Bedarf noch Geld gibt.

Fazit: Statt eine neue Gesamtschule zu bauen, sollen bestehende Schulen saniert werden. Ebenso müssen die Berufskollegs mit modernsten Lehr- und Lernmitteln ausgestattet werden.

Ausreichende Anzahl von Kitaplätzen

Für den ***BBB*** ist die vorschulische Erziehung und Bildung der Kinder von grundlegender Bedeutung. Kein Kind und kein Talent dürfen in Bonn verloren gehen. Daher stehen wir hinter dem Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an U3- und Kita-Plätzen. Entsprechende Mittel sind, bei allen Bemühungen um eine Konsolidierung des Haushaltes, für städtische Kitas und Kitas in freier Trägerschaft bereitzustellen.
Die Stadt Bonn muss zudem verstärkt dafür werben, dass diese Plätze besonders von Kindern aus sogenannten „bildungsfernen“ Schichten genutzt werden. Auch dies ist für uns eine wichtige Aufgabe der Inklusion.

Schwimmbäder und Sport

Für uns haben der Erhalt und die Sanierung stadtteilnaher Sportstätten hohe Priorität

Sport ist wichtig, für die Gesundheit und das eigene Wohnbefinden. Ob für jung oder alt - viele Bonnerinnen und Bonner suchen nach Möglichkeiten, um zu wandern, Fahrrad zu fahren, schwimmen zu gehen oder mit Inlinern zu skaten. Deshalb ist es wichtig, Sportstätten und Sport- und Freiflächen anzubieten.

Die Situation im Sportbereich hat sich in den letzten 5 Jahren allerdings drastisch verschlechtert: Bei den Schwimmbädern und Sporthallen sowie Sportplätzen haben fehlende Instandhaltungs-maßnahmen zu häufigen Ausfällen bis hin zu Schließungen geführt. Insbesondere die prekäre Situation bei unseren Schwimmbädern ist besorgniserregend.

Fakt ist: Immer mehr Kinder und Jugendliche können nur schlecht oder gar nicht schwimmen und bewegen sich zu wenig. Damit in direktem Zusammenhang steht die angestiegene Zahl der tödlichen Badeunfälle in Deutschland. Anhand der Zahlen der Sportverwaltung ist erkennbar, dass in den noch funktionstüchtigen Bonner Hallenbädern zu wenige Stunden zur Verfügung stehen, um die vorgeschriebenen Schwimmstunden zu erteilen. Für den ***BBB*** ist klar: Unterrichtsausfälle beim Schwimmen dürfen in Bonn nicht mehr vorkommen. Um die unvermeidlichen Schließzeiten beim Neubau oder der Sanierung eines Bades zu überbrücken, schlagen wir die Anschaffung eines Badeschiffes vor, das am Rhein seinen jeweiligen Liegeplatz erhält. Bonn verfügte bereits im 19. Jahrhundert über zwei Badeschiffe.

Um die schwierige Situation der Bäder in Bonn zu lösen, werden wir prüfen, ob mit einer Auslagerung an die Stadtwerke Bonn Bau, Instandhaltung und Betrieb der Bonner Bäder künftig zuverlässiger gestaltet werden können.

Der ***BBB*** steht für ein dezentrales Bäderkonzept. Wir wollen, dass mindestens ein öffentliches Freibad und ein Hallenbad pro Stadtbezirk von der Stadt Bonn vorgehalten werden.

Für den nicht vereinsgebundenen Freizeitsport brauchen wir wohnortsnahe Bewegungsareale. Eine aktive Freizeitgestaltung in diesem Sinne muss wohnortnah und kostenlos gewährleistet werden.

Der vereinsgebundene Sport wird in Bonn bereits mit mehreren Hunderttausend Euro im Jahr gefördert und die Einrichtungen vom Städtischen Gebäudemanagement betreut. Die Instandhaltung von Hallen und Plätzen muss aber deutlich verbessert und neu strukturiert werden.

Unser Plan für den Sport in Bonn

- Sporthallen und -plätze nach dem Prioritätenplan bis 2030 sanieren. Dabei sollen schnelle und günstige Instandsetzungen und Modernisierungen Vorrang vor langwierigen und teuren Neubauten haben.
- Bestehende Hallenschwimmbäder sollen Instand gehalten werden, in den Sommermonaten sind größere Renovierungen durchführen z.B. Beueler Bütt. Die Instandhaltung durch das Städtische Gebäudemanagement muss umstrukturiert und dabei erheblich optimiert werden.
- Die Melbbad-Sanierung ist zu beschleunigen. Eine Wiedereröffnung in 2026 sollte das Ziel sein! So könnten dafür Interimsumkleidecontainer mit Technikcontainer kurzfristig als Interimslösung bereitgestellt werden.
- Der Neubau des Kurfürstenbads ist zu beschleunigen durch geeignetes und mehr Personal für die Planungsaufgaben.
- Die Hardtbergbad-Sanierung ist mit einem straffen Controlling zu begleiten.
- Wir sind für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie mit einer groben Kostenschätzung für ein Badeschiff auf dem Rhein mit je zwei Anlegestellen auf jeder Rheinseite.
- Wir befürworten für die Schwimmbäder als künftige Betriebsform eine Bäder GmbH unter dem Dach des SWB-Konzerns.

Sicherheit und Sauberkeit

Bonn muss sicherer werden

Die Kriminalität in unserer Stadt ist besorgniserregend.

Die Anzahl der Straftaten, die in Bonn im Jahr 2024 verübt wurden, lag mit 18.992 Straftaten weiter auf einem hohen Niveau. Besonders beängstigend: Im Vergleich zum 10-Jahresdurchschnitt ist die Gewaltkriminalität in Bonn in 2023 um 59,2 % und in 2024 um 23,4 % gestiegen. Deshalb fordern wir mehr Polizei auf den Bonner Straßen. Gerade in den Abend- und Nachtstunden muss es eine sichtbare Polizeipräsenz geben. Kriminalitätsbekämpfung muss endlich oberste Priorität bekommen.

Für jeden sichtbar ist die Bonner Innenstadt mit den Bereichen rund um den Bonner Hauptbahnhof, den zentralen Busbahnhof (ZOB), den Kaiserplatz und den Hofgarten am Meisten von Kriminalität betroffen. Seit Jahren kritisiert der ***BBB*** die unhaltbaren Zustände dort. Vandalismus, Überfälle, Diebstahl, Bedrängung der Bürgerinnen und Bürger, Verschmutzungen und offene Drogenkriminalität sind im Bahnhofsviertel Bonns mittlerweile an der Tagesordnung. Angesichts der Entwicklung, von der Hofgarten in Teilen auch betroffen ist, fragen sich viele Bonnerinnen und Bonner, wem eigentlich die Stadt gehört und warum diese Zustände von der Oberbürgermeisterin, der Kommunalpolitik und der Polizei offenbar geduldet werden.

Während in Bonn prekäre Randgruppen mit einem Überangebot an Einrichtungen regelrecht hofiert werden, soll nach Meinung der amtierenden Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Grüne) und der grün-roten Rathauskoalition die normal arbeitende Bevölkerung zusehen, wo sie bleibt:

Dörner und ihr grün-rotes Ratsbündnis haben in den letzten Jahren die Alkohol-, Drogen- und Obdachlosenszene in Bonner Innenstadt nicht nur gewähren lassen, sondern regelrecht unterstützt. Bonn ist mittlerweile auch für das entsprechende Klientel aus dem gesamten Umland ein beliebter Anlaufpunkt geworden. Viele Drogenabhängige und deren Dealer kommen beispielsweise morgens aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit dem für sie zumeist kostenfreien ÖPNV in die Stadt und fahren erst nach Konsum und Abwicklung ihrer Geschäfte abends zurück in ihre Heimatgemeinden. Grüne, SPD, Linke und Volt reden die durch das Drogenmilieu entstandenen Probleme in der Bonner City regelmäßig klein und sind aus falsch verstandener Sozialromantik der Meinung, die Missstände seien von der Bürgerschaft hinzunehmen. Neuerdings planen Dörner und ihre grün-rote Gefolgschaft beim Umbau des Busbahnhofs sogar der Rauschgiftszene großzügig eine eigene Fläche als deren Treffpunkt einzurichten.

Der ***BBB*** hält es für grundlegend falsch, dass im Bonner Innenstadtbereich durch entsprechende Anreize die Drogenszene auch noch verstärkt wird. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die von der Stadtverwaltung genehmigten Suchtpraxen im direkten Bahnhofsumfeld die Situation verschärft haben, statt sie zu entspannen. Das dichte, mit Steuergeldern finanzierte Angebot der Bonner Sozialindustrie sorgt allzu oft nur dafür, dass Drogenabhängige in ihrem Elend ohne echte Perspektive über Jahre verbleiben und ist letztlich mitverantwortlich, dass sich Bonnerinnen und Bonner in der Innenstadt zunehmend unsicher fühlen.

Der ***BBB*** will die grün-rote Duldung der Auswüchse beenden. Wir wollen, dass die Sorgen und Ängste der Bevölkerung als auch die Nöte der Gewerbetreibenden endlich ernst genommen werden und entsprechend gehandelt wird. Wie in allen betroffenen Bereichen der Gesamtstadt muss auch in der Innenstadt die Kriminalität zurückgedrängt werden. Ordnung und Sicherheit im Bahnhofsumfeld sind schleunigst wiederherzustellen.

Folgende Sofortmaßnahmen wären aus unserer Sicht hilfreich:

- Regelmäßige Bestreifung von auffälligen Örtlichkeiten durch Polizei und städtische Ordnungsbeamte
- Konsequentes Handeln gegen Drogenkonsum und -handel und einhergehende Auswüchse, Strafanzeigen inklusive
- Alkoholkonsumverbotszonen
- Kameraüberwachung prekärer Räume
- Kürzung der Steuermittel für sogenannte Hilfsorganisationen im Drogenbereich und Abkehr von dem Vorhaben, die hiesigen Angebote auf Personen aus den Umlandkommunen auszuweiten

Mehr Sauberkeit auf Straßen und Plätzen

Die allgemeine Sauberkeit in unserer Stadt muss verbessert werden. Farbschmierereien auf öffentlichen Bauwerken sind endlich konsequenter zu bekämpfen und umgehend zu beseitigen, um Nachahmer abzuschrecken. Die Strom-, Gas- und Internetkästen in den Straßenräumen müssen von den Betreibern regelmäßig gereinigt und von Graffiti befreit werden.

Gerade in der Bonner City und den übrigen Stadtbezirkszentren landet der Müll nicht selten auf den Wegen, entweder achtlos weggeworfen oder einfach neben den überfüllten Abfallbehälter abgelegt. Wir schlagen als Lösung dafür eine monetäre Regelung vor. Mit einer von den Verkäufern für Speisen und Getränke zu zahlende Steuer für Einwegbecher, Einweggeschirr und Essensverpackungen kann ein Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen und somit zur Müllvermeidung gesetzt sowie die Verunreinigung des Stadtbilds durch im öffentlichen Raum entsorgte Verpackungen verringert werden. Insbesondere in den Innenstadtlagen kann eine Verpackungssteuer helfen, Müll zu reduzieren und die dort anfallenden, von der Allgemeinheit zu zahlenden Kosten für die Entsorgung rückzuführen.

Auch sind die illegalen Müllhalden im Stadtgebiet nicht hinnehmbar. Sie ziehen Ratten und anderes Ungeziefer an. Es dauert teils Monate, bis illegal entsorgter Müll, teilweise von Nichtbonnern abgeladen, von der Stadtverwaltung bzw. der AöR bonnorange beseitigt werden. Besser wäre es, illegale Müllablagen zu verhindern: Durch mehr Kontrollen an den neuralgischen Orten und, wenn notwendig, in geeignetem Umfang durch Videoüberwachung.

Digitalisierung und Reform der Stadtverwaltung

Digitalisierung der Stadtverwaltung

Die Digitalisierung ist und bleibt ein Dauerthema. Die fortlaufende und immer tiefgreifendere Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur erfordert sichere und robuste Lösungen. Die Kommunalpolitik muss sich mit diesem Themenkomplex beschäftigen und dabei für die Bürgerinnen und Bürger praktikable und alltagstaugliche Lösungen finden. Der ***BBB*** setzt sich für digitale Lösungen in allen Bereichen ein, in denen sie den Bürgern das Leben erleichtern. Diese müssen von echtem Nutzen sein und zudem Kosten und Zeit sparen. So sollten Dienstleistungen bei den Bürgerämtern, der KFZ-Zulassung und im Antragswesen verstärkt digital, also orts- und zeitunabhängig angeboten werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung würden von Routinetätigkeiten entlastet, sodass mehr Zeit für die Bürgerinnen und Bürger bliebe, die weiterhin persönlichen Service benötigen oder wünschen.

Die Möglichkeit zur Online-Reservierung, die momentan in den Bürgerämtern zur Verfügung steht, reicht da bei weitem noch nicht aus. Digitalisierung ist auch eine Chance für die städtischen Mitarbeiter im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie., weil viele Tätigkeiten auch teilweise im Homeoffice geleistet werden können. Die Möglichkeit flexibler Arbeitsplatzmodelle, die durch die Digitalisierung geschaffen werden, würde zudem die Mitarbeitermotivation verbessern, Bürofläche einsparen und durch die Reduzierung des Verkehrs einen wichtigen Beitrag zum Schutz des städtischen Klimas sorgen.

Digitale Souveränität durch europäische und deutsche IT-Lösungen stärken

Wir setzen uns für eine konsequente Nutzung von Software- und Hardwarelösungen deutscher oder europäischer Unternehmen in der kommunalen Verwaltung und öffentlichen Infrastruktur ein – sofern diese in der jeweiligen Anwendung verfügbar und wirtschaftlich vertretbar sind. Auch Open-Source-Lösungen sollten geprüft werden. Es ist unser Ziel, die digitale Souveränität unserer Kommune zu stärken und die Abhängigkeit von außereuropäischen Großkonzernen zu verringern.

Zudem sind wir für eine stärkere Vernetzung mit anderen Kommunen, Landes- und Bundesinitiativen, um gemeinsame Standards zu schaffen, Synergien zu nutzen und die Entwicklung sowie Verbreitung europäischer IT-Produkte aktiv zu unterstützen.

Reform der Stadtverwaltung – sozialverträglicher Abbau von Personal

Aus unserer Sicht muss sich die Stadtverwaltung reformieren und auch Personal durch z.B. Vorruhestandsregelungen abgebaut werden. Auch wird es aufgrund von vielen Pensionierungen in den kommenden Jahren zu einer starken Personalreduzierung kommen. Digitalisierung sehen wir nicht als Selbstzweck an; wir erwarten einen Abbau von Bürokratie und eine deutliche Verschlankung und Effizienzsteigerung der Verwaltung.

Oberbürgermeisterin Dörner hat kurz nach ihrem Amtsantritt im November 2020 sogenannte Programmbüros in ihrem Dezernat geschaffen. Der neue parallel zur Fachverwaltung arbeitende Leitungsstab mit 15 Personen kostet den Bonner Steuerzahler allein in 2025 und 2026 jeweils 1,8 Mio. EUR. Wir können nicht feststellen, dass die Arbeit in der Stadtverwaltung dadurch verbessert wurde. Ganz im Gegenteil: Viele Vorgänge, die früher im Verantwortungsbereich eines Dezernenten lagen, haben sich verkompliziert und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten funktioniert nicht. Beispiel: Die Umsetzung der Fahrradstraßen, die übrigens vom Verwaltungsgericht kassiert wurden.

Digitale Infrastruktur und IT-Standort Bonn

Im Bereich der Infrastruktur wird sich der ***BBB*** für den Breitbandausbau im Stadtgebiet einsetzen. Leider sind viele Bereiche nach wie vor nicht an Glasfaser angebunden; auch die mobile Datenabdeckung ist teilweise unzureichend und für den Telekommunikationsstandort Bonn mit Sitz eines der weltweit größten Telekommunikationsunternehmen unwürdig. Dieses Thema wurde von der Stadtspitze stiefmütterlich behandelt.

Wiedereinführung der Arbeitsteilung zwischen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor

Für Bonn muss man feststellen: Mit einem fachlich versierten Oberstadtdirektor war die Verwaltung in der Vergangenheit zu jeder Zeit eindeutig besser aufgestellt als mit Politikern ohne Vorkenntnisse in Verwaltungsrecht oder wirtschaftlicher Ausbildung. Die Leistungsfähigkeit einer Stadtverwaltung hängt von einer kompetenten Führung und motivierten Mitarbeitern ab. Wenn in den letzten Jahren ein Leistungsträger nach dem anderen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, vorzeitig in den Ruhestand zu wechseln, sagt das alles. Eine Rückkehr zur Zweiteilung in der Aufgabenstellung zwischen dem Management eines riesigen Konzerns, wie es unsere Stadt ist, und ihrer Repräsentation nach außen wäre in der Sache sinnvoll und geboten.

"Geschlechtergerechte“ Sprache in der Stadtverwaltung? Nein danke!

Wir wollen niemandem vorschreiben, wie zu reden oder zu schreiben ist

Auf Anweisung der grünen Oberbürgermeisterin Katja Dörner müssen die Mitarbeiter der Bonner Stadtverwaltung grundsätzlich auf geschlechtsneutrale Bezeichnungen zurückgreifen. So wurde aus dem Fahrzeughalter die "Fahrzeughaltende Person“ und wenn eine geschlechtsneutrale Umformulierung nicht möglich ist, wird auf Geheiß von Frau Dörner in und von der Stadtverwaltung der Gender-Stern verwendet. Die krampfhaften Bestrebungen, das bewährte generische Maskulinum

mit dem Gender-Sternchen zu ersetzen, missachten die Rechtschreibregeln und machen Texte schwer lesbar. Das Gendern stellt keine natürliche Sprachentwicklung dar, sondern kommt einer Verballhornung der deutschen Sprache gleich. Besonders wird dies sichtbar, wenn der Binnen-Stern oder das Binnen-I in einer Art „Schluckauf-Sprache“ wiedergegeben wird. Wir fragen uns, wie eine politisch motivierte Minderheit dazu kommt, einer Mehrheit vorschreiben zu wollen, wie man sich auszudrücken hat? Unsere Antwort: Die deutsche Sprache gehört nicht einer grün-roten Politikerkaste, die sie für ihre ideologischen Ziele zu missbrauchen versucht, sondern als Kulturgut uns allen. Daher werden wir das Gendern in der Stadtverwaltung umgehend abschaffen.

Kultur

Beethoven, Orchester und Oper

Es ist gut, dass Bonn den berühmtesten Sohn der Stadt gebührend würdigt. Hierzu gehört das jährliche Beethovenfest sowie das Beethoven Orchester. Das Beethovenfest sollte eine stärkere überregionale Wirkung entfalten.
Die so genannte „Hochkultur“ muss in den kommenden Jahren aber auch Einsparungen vornehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Schauspielhaus (früher „Kammerspiele“) in Bad Godesberg bleibt und die Sanierung bzw. der Neubau der Oper ohne Kostenrisiko geplant wird. Die freie Kulturszene spielt in Bonn eine wichtige Rolle und sollte auch weiterhin gefördert werden; wir warnen jedoch aufgrund der Finanzsituation vor einer zu großen Erwartungshaltung.

Das Stadtmuseum gehört ins Zentrum

Der ***BBB*** hatte sich seinerzeit für die Realisierung des Hauses der Bildung (Volkshochschule und Stadtbibliothek) am Bottlerplatz eingesetzt. Wir halten es für elementar wichtig, dass die Innenstadt auch durch Kulturangebote bereichert wird. Daher gehört das Stadtmuseum auch in das Bonner Zentrum. Hier hätten wir auch gerne die Gedenkstätte zur NS-Zeit integriert.

Bonn braucht einen Ort für Open-Air-Veranstaltungen

Großveranstaltungen im Freien wie „Kunstrasen“ und „Klangwelle“ sollen auch weiterhin in Bonn möglich sein. Zwischen den verschiedenen Interessen muss aber ein fairer Ausgleich stattfinden. Die rechtlichen Vorgaben, auch der Lärmschutz, müssen beachtet werden. Die Stadt hat es versäumt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um entsprechende Großveranstaltungen rechtssicher durchführen zu können.

Stadt des Grundgesetzes sowie Universitäts-, UN-Stadt und Standort von wichtigen DAX-Unternehmen

Wir verlangen ein stärkeres Eintreten für die Erinnerung an die Geschichte der Bundesrepublik, die in Bonns Zeit als Bundeshauptstadt geschrieben wurde. Die Rolle Bonns als Stadt des Grundgesetzes sowie als jahrzehntelange Bundeshauptstadt sollte viel präsenter gehalten werden. Hierzu gehört

auch die Stärkung des zweiten bundespolitischen Zentrums (siehe Arbeitsteilung Bonn/Berlin), der Rolle als UN-Stadt sowie als Universitätsstadt. Die Bonner Universität mit ihrer Spitzenforschung in verschiedenen Fachbereichen sollte ebenso wie die anderen Forschungseinrichtungen stärker in die Stadt eingebunden werden. Die Interessen der beiden DAX-Unternehmen sowie zahlreichen Firmen werden wir stärker in den Fokus nehmen.

Arbeitsteilung Bonn/Berlin

Wir fordern: Das Berlin/Bonn-Gesetz ist auch von der Bundesregierung einzuhalten

Der ***BBB*** gründete sich 1991 als Bürgerinitiative gegen den Regierungsumzug nach Berlin. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, auf die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes zu achten. Wir kritisieren daher, dass die Bundesregierung fortlaufend gegen die Vorgabe des Deutschen Bundestages verstößt, die besagt, dass die Mehrzahl der ministerialen Arbeitsplätze in Bonn verbleiben soll. Heute sind tatsächlich nur noch 27 % der Dienstposten in Bonn. Die Oberbürgermeisterin hat es während ihrer Amtszeit nicht geschafft, die Zusatzvereinbarung final zu unterzeichnen. Leider handelt es sich bei dem vorliegenden Arbeitspapier nur um Absichtserklärungen, die keine Sicherheit für die ministeriellen Arbeitsplätze am Rhein bedeuten.

Weltoffenheit und Zivilcourage

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind seit Jahrzehnten Teil unserer Stadtgesellschaft. Wir wenden uns entschieden gegen alle diejenigen, die Hass, Feindschaft und Diskriminierung schüren.

Der ***BBB*** unterstützt Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Glaubensrichtungen bei ihrem Bemühen, Kultur- und Begegnungsstätten einzurichten. Angebote der Stadt, die eine Integration und (Weiter-)Bildung neuer Bürgerinnen und Bürger erleichtern, sind vorrangig zu nutzen.

Radikale Kräfte und Glaubensrichtungen – wie der islamistische Salafismus – dürfen in unserer Stadt keine Chance bekommen.

Der ***BBB*** hat im Januar 2024 folgende Erklärung abgegeben, die nach wie vor Bestand hat:

Gegen Extremismus, für Zivilcourage!

Der Bürger Bund Bonn (***BBB***) e.V. verurteilt jede Form von Rassismus und Extremismus. Seit der Gründung setzt sich die Freie Wählervereinigung für mehr Demokratie, insbesondere auf kommunaler Ebene ein. In einer Zeit, in der unsere Gesellschaft von Rechts- und Linksradikalen als auch von religiösen Extremisten und antisemitisch motivierten Gruppen gefährdet wird, ruft der ***BBB*** die Bonnerinnen und Bonner auf, für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung öffentlich einzustehen.

Johannes Schott, 1. Vorsitzender des ***BBB*** e.V.: "Leider beobachten wir eine immer stärkere Spaltung im Land, übrigens auch innerhalb unserer Bonner Stadtgesellschaft. Wir warnen vor jeder Form von

Extremismus und fordern zur Zivilcourage gegen Extremisten jeglicher Couleur auf, sei es durch friedlichen Protest bei Kundgebungen und Demonstrationen oder im täglichen Zusammenleben. Hierzu gehört für den ***BBB*** auch die klare Verurteilung von Antisemitismus sowie der Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Von Extremismus zu unterscheiden sind die Sorgen und Nöte unzufriedener Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen von der Politik ernst genommen werden und nicht jeder Protest darf über einen Kamm geschoren und diffamiert werden. Demokratie lebt von der Meinungsfreiheit und dem Recht, friedlich für seine Positionen zu demonstrieren."

Impressum: Bürger Bund Bonn (*BBB*), freie Wählervereinigung e.V., Postfach 7603, 53076 Bonn, info@buergerbundbonn.de, www.buergerbundbonn.de, Bearbeitungsstand: 18.08.2025